



Pressemitteilung der SVP Russikon

Parteiversammlung der SVP Russikon beschliesst für eine Einbürgerung die Nein-Parole, sowie die Parolen für die Volksabstimmungen

Gemeindeversammlung vom 13. Juni 2016

Zur Rechnung 2015 gibt die starke Überschreitung des Budgets, infolge einer Häufung von krankheitsbedingten Ausfällen von Lehrpersonal und die stetig steigenden Ausgaben in der Langzeitpflege zu reden. Die Mitglieder der SVP Russikon fassen für die Abnahme der Rechnung die **Ja** Parole.

Ebenfalls wird die neue Friedhofsverordnung mit der **Ja** Parole unterstützt.

An der Gemeindeversammlung wird auch über die **Einbürgerungen** von zwei Familien und einer Einzelperson abgestimmt. Die Fragen konzentrieren sich hier ausschliesslich auf **eine** einzubürgernde Familie. Offenbar gab es in der Vergangenheit etliche Probleme bei denen auch Einwohner und Lehrpersonen bedroht wurden. Die Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind aufgrund der Berichte nicht gegeben. Deshalb lehnt der Gemeinderat die Einbürgerung ab. Die Parteiversammlung sagt Nein zu dieser Einbürgerung und empfiehlt den Stimmbürgern, betreffend den Gründen für die Ablehnung, die in der Gemeinde öffentlich aufliegenden Akten zu den Vorfällen und Sachverhalten einzusehen.

Parole Kantonale Volksinitiative

Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation

Das neue Gesetz will das Laienrichtertum auf Stufe Bezirk abschaffen. Argumentiert wird mit der zunehmenden Gesetzesflut und Komplexität. Die Mitglieder der SVP Russikon sind der Meinung, dass neben dem Fachwissen auch das Urteilsvermögen und die Lebenserfahrung eine wichtige Voraussetzung für Bezirksrichter und -richterinnen ist. Fachwissen kann man sich aneignen, Fähigkeiten auf der persönlichen Ebene sind aber eine ebenso wichtige Voraussetzung für das Richteramt. Die Mitglieder der SVP Russikon wollen die Laienrichter nicht abschaffen und fassen die **Nein**-Parole.

Parolen Eidgenössische Vorlagen:

Volksinitiative «Pro Service Public»

Die Initiative will den Service Public verbessern und die Versorgung so ausrichten, dass sie nicht mehr zwingend wirtschaftlichen Grundsätzen folgen muss. Die Angestellten der Unternehmen sollen nicht mehr verdienen als in der Bundesverwaltung. Da Bundesverwaltungsangestellte heute schon höhere Löhne haben als in den meisten KMUs und Gewerbebetrieben wirkt diese Forderung zahnlos. Einige Mitglieder würden aber ein dichteres Netz an Geschäftsstellen öffentlicher Einrichtungen begrüßen. Andere wiederum sind nicht bereit die höheren Kosten infolge Aufgabe der Wirtschaftlichkeit über steuerliche Mehrbelastung zu akzeptieren. Die Mitglieder fassen die **NEIN**-Parole mit Gegenstimmen und Enthaltungen.



Bedingungsloses Grundeinkommen

Jeder in der Schweiz lebende Einwohner soll vom Staat ein Grundeinkommen erhalten. Dies unabhängig ob er einer beruflichen Tätigkeit nachgeht oder nicht. Diese utopische Vorlage die jeden Leistungsanreiz zunichte macht und, in ihrer damit verbundenen Konsequenz, bisher in allen sozialistischen Testfällen zum wirtschaftlichen und moralischen Bankrott geführt hat, wird ohne grosse Diskussion mit der **Nein**-Parole versehen.

Faire Verkehrsfinanzierung (Milchkuhinitiative)

75 Prozent des Personenverkehrs und 60 Prozent des Güterverkehrs werden auf der Strasse abgewickelt. In Städten und Agglomerationen haben wir immer mehr Stau. Obwohl die Strassenbenützer jedes Jahr über 9 Mia. Franken Steuern, Gebühren und Abgaben zahlen, kommen sie nicht vorwärts. 50% der beim Tanken bezahlten Mineralölsteuern versickert irgendwo in der Bundeskasse. Trotzdem plant der Bundesrat den Benzinpreis zu erhöhen. Doch das Geld ist bereits bezahlt worden – es muss nur richtig eingesetzt werden. Die Initiative „für eine faire Verkehrsfinanzierung“ stellt sicher, dass die benötigten finanziellen Mittel für die Beseitigung von Engpässen, den Unterhalt sowie den Bau von wichtigen Umfahrungs- und Zugangsstrassen richtig eingesetzt werden. Von der Initiative profitieren alle Strassenbenützer: Fussgänger, Velofahrer Auto – und Lastwagenfahrer – ja sogar der öffentliche Busverkehr.

Die Mitglieder beschliessen die **Ja**- Parole.

Fortpflanzungsmedizingesetz

Die Schweiz hat im Sommer 2015 über eine Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik, PID abgestimmt. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen. In der Präimplantationsdiagnostik werden bei der künstlichen Befruchtung Embryonen auf Erbkrankheiten untersucht. Die Untersuchung ist nur Eltern erlaubt die unter Erbkrankheiten leiden oder auf natürlichem Weg keine Kinder zeugen können. Die Gegner machen vor allem ethische Gründe geltend. Die Befürworter wollen das Risiko für Kinder und Eltern reduzieren.

Die SVP Russikon fasst die **Ja**-Parole.

Änderung Asylgesetz

Die am Asylverfahren beteiligten Amtsstellen sollen örtlich in Bundeszentren konzentriert werden. Die Befürworter erhoffen sich damit, dass dies die Verfahren beschleunige. Den Asylbewerbern sollen von Steuerzahlern Gratisanwälte zur Seite gestellt werden. Der Bund soll Möglichkeiten zur Enteignung von Lokalitäten erhalten. Die Mitglieder der SVP Russikon haben Bedenken, dass diese Massnahmen in Anbetracht der grossen Anzahl untertauchenden Asylbewerber und der niedrigen Rückführquote in die Ersteintrittsländer, ausser Mehrkosten, einen wirklichen Fortschritt bringt. Schon gemäss heutiger Rechtspraxis müssten die Behörden die meisten Flüchtlinge (Wirtschaftsmigranten) zurückschaffen. Zudem ist das Antasten der Eigentumsrechte tabu – sie sind ein wesentlicher Träger unserer freiheitlichen Gesellschaft und unseres Wohlstands. Unter keinen Umständen darf hier ein Präjudiz geschaffen werden.

Die SVP Russikon fasst die **Nein**-Parole.